

Magistrat der Stadt Rüsselsheim am Main  
Zentrale Dienste  
Büro Stadtverordnetenversammlung  
z.Hd. Frau Breunig  
Marktplatz 4

65428 Rüsselsheim am Main

Rüsselsheim, den 14.05.2019

### Antrag zur Verweisung

**Sicherheit erhöhen durch mehr Polizeistreifen**

### Beschluss

- 1.) Der Magistrat wird beauftragt, die Schießerei in der Innenstadt zum Anlass zu nehmen, um Erkenntnisse bezüglich organisiertem Verbrechen und „Clan“-Strukturen in Rüsselsheim in Erfahrung zu bringen. Hierzu tritt der Magistrat an die Landespolizei heran. Über die Erkenntnisse ist in nicht-öffentlicher Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses zu berichten.
- 2.) Der Magistrat geht auf das Land Hessen und die zuständigen Ministerien zu, um eine Steigerung der Präsenz von Polizeikräften in den Nachtstunden in Rüsselsheim zu erreichen. Ziel sollte eine Erweiterung um mindestens 3 Polizeistreifen in den Nachtstunden sein. Über die Ergebnisse der Gespräche ist nach der Sommerpause im Haupt- und Finanzausschuss zu berichten.
- 3.) Der Magistrat nimmt Kontakt mit dem Justizministerium und dem Rüsselsheimer Amtsgericht auf, mit der Zielstellung die personelle Situation des hiesigen Amtsgerichts zu prüfen und soweit notwendig aufzustocken, um eine kurzfristige gerichtliche Abarbeitung von Straftaten insbesondere im Bereich der Jugendkriminalität zu gewährleisten.

### Begründung

Offenbar gibt es in Rüsselsheim „clanartige“ Strukturen, die ihre Auseinandersetzungen in den öffentlichen Raum tragen und so eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit darstellen. Erkenntnisse über diese Situation sind in nicht-öffentlicher Sitzung den Stadtverordneten darzulegen.

Erschwerend kommt hinzu, dass aus unserer Sicht die Besetzung der Wache in den Nachtstunden zu gering ist, und in Folge auch die Anzahl der Streifen. Nur zwei Streifen mit jeweils 2 Polizisten sind für das gesamte Rüsselsheimer und Raunheimer Stadtgebiet in den Nachtstunden zuständig.

Fraktion  
Rüsselsheim

Eine weitere Wache in der Innenstadt bindet aus unserer Sicht nur weiteres Personal im Gebäude, erhöht jedoch nicht die Präsenz. Zudem haben alle Rüsselsheimer Stadtteile gleichermaßen Anspruch auf Sicherheit.

Mit dem sogenannten „Rüsselsheimer Modell“ war das Amtsgericht lange Vorbild beim Umgang mit jungen Straftätern. Es gilt zu prüfen, ob dieses Modell wieder reaktiviert werden kann und welche personelle Mehrkapazitäten hierfür ggf. notwendig sind.

Sanaa Boukayeo  
SPD-Fraktionsvorsitzende